

XIII. Zur Erfahrung des Exils und seiner Wirkungsgeschichte nach 1945

Bedeutung und historischer Stellenwert des Lebens und Wirkens von Johannes Schauff sollen abschließend noch einmal unter dem Blickwinkel seiner Zugehörigkeit zu der Gruppe der christlich-konservativen Emigration beleuchtet werden. Dazu gilt es, diese Gruppe und ihre Vertreter sowie ihre Rolle für die Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg zu skizzieren und einen Rückblick auf Erfahrung und Handeln dieses emigrierten Personenkreises zu werfen, bei dem Widerstand und Exil unter dem Nationalsozialismus in einem christlich-konservativen Bezugsrahmen standen. Die Vita von Johannes Schauff ist in diesem Zusammenhang ein besonders typisches Beispiel.

Die Rolle dieser Gruppe christlich-konservativer Emigranten innerhalb des politischen Geschehens nach 1945 war nur scheinbar eine lediglich informelle. Schon am Fall Johannes Schauff ließ sich zeigen, daß Vertreter dieser Gruppe, auch wenn sie keine öffentlichen Ämter oder offiziellen Funktionen innehatten, aufgrund ihrer Erfahrungen und Verbindungen dennoch in zahlreiche Entscheidungsprozesse eingebunden und häufig einflußreich waren. Dazu war nicht einmal eine definitive Rückkehr nach Deutschland bzw. eine ständige Präsenz in Deutschland notwendig. Dies gilt besonders für eine Reihe von politisch engagierten Wissenschaftlern, die sich vor allem in den USA befanden.

Geistiger Hintergrund war vielfach ein elitäres Demokratieverständnis, das sich neben und außerhalb von Parlamenten und Regierungen in milieugebundenen und personenbezogenen Netzwerken umsetzen konnte. Die Konsequenzen, die konservative und christliche Emigranten aus ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus gezogen hatten, ähneln sich vielfach in verblüffender Weise – trotz z. T. ganz unterschiedlicher geistiger Herkunft; Schauff beispielsweise hatte bis 1933 zum „linken“ Flügel des Zentrums gehört, andere stammten aus einem „rechten“ nationalkonservativen Zusammenhang. Heinz Hürten hat bereits auf die historisch bedingten Affinitäten christlichen Denkens zu konservativen Strömungen hingewiesen¹.

Neben den Kirchen und Ordensgemeinschaften ging die Personengruppe der christlichen Emigration, die im großen Zusammenhang bislang noch keineswegs ausreichend gewürdigt worden ist, aus den bürgerlich-konservativen Parteien der Weimarer Republik, vor allem aus dem Zentrum, hervor. Auch individuelle Schicksale von konservativen Wissenschaftlern und Publizisten, die sich in der Weimarer Republik gesellschaftlich exponiert hatten oder auch und häufig zugleich als Juden rassistisch verfolgt wurden, gehören zu diesem Spektrum. Ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, die sich aus einer christlichen und konservativen Grundhaltung speiste, spitzte sich innerhalb Deutschlands wie im Exil

¹ Siehe Einleitung, S. 15, Anm. 26.

schon in den Vorkriegsjahren, vor allem aber während des Krieges immer deutlicher zu. In diesem Prozeß veränderten sich aber auch ursprüngliche Positionen und ein vor 1933 vielfach vorhandenes „Lagerdenken“. Dies erleichterte die sachliche Auseinandersetzung und vielfach die Zusammenarbeit mit Vertretern aus anderen politischen und geistigen Lagern, deren Ursprungspositionen sich aufgrund der gleichen Katalysatoren „Widerstand“ bzw. „Exil“ ebenfalls deutlich verändert hatten. Dies gilt vor allem für Sozialdemokraten, Vertreter sozialistischer Splittergruppen und z. T. auch für kommunistische Dissidenten.

Vor allem jüngere Sozialdemokraten – aus der Generation von Johannes Schauff – hatten im Exil Lernprozesse durchlaufen, die sie zu Anhängern einer modernen pluralistischen Demokratie westlicher Prägung werden ließen. Wie Schauff und seine Freunde aus dem christlich-konservativen Lager hatte die Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Republik auch bei emigrierten Sozialdemokraten allerdings zunächst zu einer nahezu einhelligen Ablehnung der Demokratie nach Weimarer Vorbild geführt. Unter keinen Umständen wollte man die Rückkehr zu einer pluralistisch-demokratisch verfaßten Staats- und Gesellschaftsform, wie sie 1933 Schiffbruch erlitten hatte². Aus dieser Haltung erklären sich die ständisch-antimodernistischen Pläne des christlich-konservativen Exils, aber auch antiliberalen und erziehungsdiktatorische Neuordnungsvorstellungen von Sozialdemokraten, die dem 20. Juli 1944 zuzurechnen sind.

In der politischen Bewertung der Kreisauer Pläne etwa wird häufig und pauschal nur auf den antiliberalen und antidemokratischen Charakter des nach Überwindung der Diktatur angestrebten Regierungssystems hingewiesen, besonders auf dessen ständestaatliche Orientierung³. Das Kreisauer Gesellschaftsbild war jedoch differenzierter und „moderner“. Dies wird deutlich, wenn man nach durchaus vorhandenen inhaltlichen Berührungspunkten zu christlich-konservativen Vorstellungen aus dem Exil sucht.

Für die Angehörigen des Widerstandes aus dem Kreisauer Kreis wie auch für das christlich-konservative Exil stand das NS-Regime am Ende einer Entwicklung, die durch die Entstehung der modernen industriellen Massengesellschaft zum Verlust sittlicher Normen und christlich-humanistischer Traditionen geführt hatte⁴. In der Auseinandersetzung mit der Säkularisierung setzte sich die Betonung des Christlichen durch. Carl Gustav Jung konstatierte eine geradezu „gnostische Frömmigkeit“⁵. Dietrich Bonhoeffer postulierte eine christliche Ideologie-

² Vgl. Mehringer, *Impulse sozialdemokratischer Remigranten*.

³ Vgl. hierzu die geistesgeschichtlich-ideologiekritische Studie von Nicolai Hammersen, *Politisches Denken im deutschen Widerstand*. Hammersen untersucht das ordnungspolitische Denken des Widerstands der „alten Eliten“, seine Prägung durch antiliberales und antidemokratisches Denken und seine grundlegende Parlaments- und Parteienfeindlichkeit, die in neokonservativen Ideologien wurzelte. Dabei differenziert er allerdings zwischen der Stärke dieser Affinität bei den verschiedenen Protagonisten wie z.B. Schulenburg, Delp und Moltke (S. 258); vgl. auch Mehringer, *Widerstand und Emigration*, S. 187 ff. und 291 f.

⁴ Vgl. Mommsen, *Gesellschaftsbild und*, S. 161 ff.

⁵ Vgl. Klemperer, *Glaube, Religion, Kirche*, S. 300.

kritik, die dort einsetze, „wo Weltanschauungen am Ende sind“⁶. Auch bei der geplanten Neuverfassung deutscher Staatlichkeit nach Hitler dominierten christliche, vor allem katholische Ideen, die in der Naturrechtslehre wurzelten und das Subsidiaritätsprinzip und die Selbstverwaltung betonten⁷. Abgelehnt wurde das „Weimarer System“ mit seinen parteipolitischen Auswüchsen und Zersplitterungen. Die Wurzel des Übels sah man nicht zuletzt im Verhältniswahlrecht, das es wieder durch die Persönlichkeitswahl abzulösen gelte⁸. Für den Kreisauer Widerstand bzw. für Wilhelm Leuschner arbeitete Arnold Bergstraesser im amerikanischen Exil einen Verfassungsentwurf, in dem dem Persönlichkeitswahlrecht zentrale Bedeutung zukam, aus⁹.

Ideologien seien nicht nur abzulehnen, sondern aktiv zu bekämpfen – dies war, auf einen kurzen Nenner gebracht, ein wesentlicher Impetus des konservativen Widerstandes, der im Nationalsozialismus die gleichen totalitären Grundlagen wie im Bolschewismus erkannte. Hier war ein weiterer geistiger Berührungspunkt mit dem Exil gegeben, der vor allem nach 1945 zum Tragen kam. Er führte vor allem auch zu einer kritischen Haltung gegenüber den sich abzeichnenden Deutschlandplanungen der Alliierten. So zeigte sich Brüning in seinen Überlegungen zur Zukunft Deutschlands kompromißlos gegenüber Vertretern der KPD-Emigration im amerikanischen Exil, die für ihn Erfüllungsgehilfen der alliierten „Wahnsinnspolitik“ gegenüber Deutschland darstellten. Auch hinsichtlich der von ihm vertretenen Position eines deutschen Staates auf der Grundlage des Christentums – eine Haltung, in der er sich durchaus mit dem Kreisauer Kreis hätte treffen können – machte der frühere Reichskanzler seine Gegner in der linken politischen Emigration aus: Er habe im Exil erkennen müssen, „in welchem Ausmaße linksstehende Leute alles Katholische und Christliche hassen“¹⁰.

Wie Brüning und Schauff befand sich die Mehrzahl der konservativen Emigration in den USA und Lateinamerika, ein kleinerer Teil lebte in der Schweiz, in Italien und in der Türkei. Insbesondere in den USA gewannen konservative Emigranten an Einfluß – im Gastland selbst, und vor allem in bezug auf dessen Verhältnis zu Deutschland¹¹. Kristallisationspunkte waren Universitäten und publizistische Foren. Hier ist zunächst die Universität von Chicago zu nennen, wo u.a. Hans Morgenthau¹² und Arnold Bergstraesser¹³ lehrten, später – nach 1945 – ebenfalls

⁶ Bonhoeffer, Schriften, Bd. VI, S. 215 f.

⁷ Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 132 ff.

⁸ „Wir gingen davon aus“ – so Walther Hensel – „daß ein künftiges deutsches Parlament auf der Grundlage des Mehrheitswahlrechts zusammengesetzt sein würde; denn im Proportionalwahlsystem der Weimarer Zeit sahen wir den entscheidenden technischen Fehler für den Zusammenbruch des Weimarer Staates und das Aufkommen des NS“ (Zeugenschrifttum Walther Hensel, IfZ, ZS 534).

⁹ Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 134 f.; zu Bergstraesser siehe Anm. 13.

¹⁰ So Brüning an Franz Thedieck, zit. nach Morsey, Brünings Einschätzung, S. 377.

¹¹ Vgl. Radkau, Deutsche Emigration, S. 214 ff.

¹² Hans Joachim Morgenthau (1904–1980), Politikwissenschaftler, emigrierte 1933 in die Schweiz und 1937 in die USA; 1943–1980 Professor an der University of Chicago, „formulated a realistic approach to foreign affairs based on accepted patterns of normal human conduct, rather than on idealistic or abstract conducts“ (BHB II).

¹³ Arnold Bergstraesser (1896–1964), Politikwissenschaftler und Soziologe; Schüler von Max

Hans Rothfels¹⁴, Leo Strauss¹⁵ und Eric Voegelin¹⁶. An der katholischen Universität Notre Dame/Indiana wirkte Waldemar Gurian, ein persönlicher Freund der Familie Schauff, dem sie zur Flucht verholfen hatte¹⁷. Gurian war zusammen mit Ferdinand A. Hermens – auch er seit seiner Studienzeit ein Freund und politischer Weggefährte Schauffs, der zum Praezeptor eines kompromißlosen Mehrheitswahlrechts geworden war¹⁸ –, Herausgeber der *Review of Politics*, einer dezidiert katholischen Zeitschrift, zu deren Autoren-Umfeld u. a. Goetz Briefs¹⁹ und Stefan

und Alfred Weber, in der Weimarer Republik einer der Promotoren der studentischen Selbstverwaltung (Studentisches Hilfswerk, DAAD), Anschluß an DDP; 1935 als Hochschullehrer (1932 a. o. Prof. in Heidelberg) entlassen, 1937 Emigration in die USA. Dort einer der Exponenten der konservativen Emigration, gehörte zum Umkreis von George N. Shuster und Heinrich Brüning. Kehrte in den frühen fünfziger Jahren nach Deutschland zurück, mit der sogenannten Freiburger Schule einer der Mitbegründer der modernen deutschen Politikwissenschaft (BHB II; Radkau, *Deutsche Emigration*, S. 185, 214 ff.).

¹⁴ Hans Rothfels (1891–1976), Historiker; Offizier im Ersten Weltkrieg, Gegner des Versailler Vertrages und der Kriegsschuldzuweisung; akademische Karriere als Archivar und Historiker, 1926 Prof. Univ. Königsberg, 1934 entlassen und politisch verfolgt; 1939 Emigr. nach England und 1940 in die USA, vor seiner Berufung an die University of Chicago 1940–1946 Gastprofessor an der Brown-University, Providence/Rhode Island. Kehrte 1951 nach Deutschland zurück, Professor an der Universität Tübingen; gehört zu den Mitbegründern des Faches Zeitgeschichte in der Bundesrepublik. Mit seinen Forschungen über den bürgerlich-konservativen Widerstand versuchte er die Existenz des „anderen Deutschland“ unter dem Nationalsozialismus zu dokumentieren, stand den politischen Ideen des Kreisauer Kreises nahe (BHB II).

¹⁵ Leo Strauss (1899–1973), emigrierte 1934 nach England und 1938 in die USA, dort akademische Karriere an verschiedenen Universitäten, 1949–1973 Professor (political philosophy) an der University of Chicago: „Opposed relativism in political theory in favor of a normative neo-natural rights approach which he linked to Aristotelean philosophy ... Sought to develop political philosophy in agreement with the classical tradition of natural law“ (BHB II).

¹⁶ Eric Voegelin (1901–1985), Politikwissenschaftler; emigrierte 1938 in die USA, dort akademische Karriere an verschiedenen Hochschulen, 1958 Rückkehr nach Deutschland, 1958–1969 Professor an der Universität München, dort Begründer des Instituts für Politische Wissenschaft. Exponierter Vertreter des christlichen Ordo-Gedankens bzw. eines autoritären Korporatismus und Gegner jeglicher als Religionsersatz dienender gnostischer Bewegungen „von der Art des Progressismus, des Positivismus, des Marxismus, der Psychoanalyse, des Kommunismus, des Faschismus und des Nationalsozialismus“ (E.Voegelin, *Religionsersatz – die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit*, in: „Wort und Wahrheit“, H. 1 (1960), S. 5); Voegelin kehrte 1969 in die USA zurück (BHB II).

¹⁷ Waldemar Gurian (1902–1954), konvertierte 1914 vom Judentum zum Katholizismus, aktiv in der katholischen Jugendbewegung, einer der führenden Interpreten des politischen Katholizismus in der modernen Gesellschaft, Integralist und Gegner des sogenannten säkularisierten Katholizismus, vertrat die Idee einer „autoritären Demokratie“; 1934 Emigration in die Schweiz, kritische Auseinandersetzung mit der Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus u. a. auch in der Judenfrage als Hrsg. der „Deutschen Briefe“. 1937 Berufung an die Universität Notre Dame/Indiana und Übersiedlung in die USA (siehe oben, S. 70; BHB I).

¹⁸ Siehe oben, S. 45 und 151.

¹⁹ Goetz Briefs (1889–1974) stammte aus katholisch-rheinischem Milieu, machte eine akademische Karriere (Wirtschaftswiss.) an verschiedenen deutschen Universitäten, ab 1922 Ordentlicher Professor an der Universität Freiburg und ab 1926 an der TU Berlin; 1934

Possony²⁰ gehörten. Weitere maßgebliche Publizisten waren William S. Schlamm²¹ und der ehemalige Reichstagsabgeordnete der DDP, Gustav Stolper²².

Wissenschaftler wie Hans Morgenthau und Leo Strauss nahmen nachhaltigen Einfluß auf die Revision des amerikanischen politischen Idealismus. Betraf dies in erster Linie den akademischen Bereich, so führte die konservative Kampagne gegen den „Utopismus“ deutlich auch zur Politik des Anti-Kommunismus. Götz Briefs postulierte, daß die Marxsche Utopie identisch sei mit der Utopie der Aufklärung des 18. Jahrhunderts²³, und Carl Joachim Friedrich unterwarf alle Ideen, die zu staatlichem Perfektionismus und letzten Endes zum Totalitarismus führten, einer scharfen Kritik²⁴.

Die Wendung gegen den Kommunismus entwickelte sich aber auch auf der Grundlage einer inzwischen vorgenommenen Identifikation von Nationalsozialismus und Bolschewismus, wie sie sich auch innerhalb des deutschen Widerstands vollzogen hatte. Leopold Schwarzschild hatte bereits in den dreißiger Jahren den Begriff „bolschewistisch“ auf das nationalsozialistische Deutschland angewandt²⁵. Zu den vielleicht extremsten Verfechtern einer Identität von National-

aus politischen Gründen Emigration in die USA, dort bis 1962 Professor für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Georgetown University Washington (BHB II).

²⁰ Stefan Thomas Possony (geb. 1913) war bis 1938 Mitherausgeber von „Der Christliche Ständestaat“ in Wien; 1939 Emigration nach Frankreich, 1940 in die USA, dort in verschiedenen Regierungsämtern tätig, 1946–1966 Professor für Politikwissenschaft an der Georgetown University Washington. Possony war ein engagierter Kritiker des „Utopismus“ vor allem in seiner kommunistischen Erscheinungsform (BHB II; Radkau, Deutsche Emigration, S. 246 ff.).

²¹ William S. Schlamm (1904–1978) war nach dem Ersten Weltkrieg kommunistischer Jugendfunktionär in Österreich, ab 1927 Mitglied des ZK der KPÖ; nach Parteiausschluß als sogenannter Rechtsabweichler bzw. als Anhänger Trotzki 1933 Emigration in die CSR, 1938 in die USA. Wurde während der Moskauer Prozesse zum kompromißlosen Gegner des stalinistischen Kommunismus, schloß sich der konservativen österreichischen Emigration in den USA an und war nach 1945 einer der maßgeblichen Ideologen des Kalten Krieges mit Einflußnahme vor allem auf die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik (BHB I).

²² Gustav Stolper (1888–1947), Vorstandsmitglied der DDP/DSP, 1930–1932 MdR; 1933 Emigration in die USA, Wirtschafts- und Finanzberater, Vertreter einer liberalistischen Wirtschaftsordnung, mit seinen Thesen über die künftige Rolle eines wirtschaftlich starken Deutschlands als antikommunistisches Bollwerk von Einfluß auf die Revision der amerikanischen Deutschlandpolitik (BHB I).

²³ Götz Briefs, *The Rise and Fall of Proletarian Utopias*, in „Review of Politics“, 1 (1939), Nr. 1, zit. nach Radkau, Deutsche Emigration, S. 248.

²⁴ Ebenda. Carl Joachim Friedrich (1901–1984), Politikwissenschaftler, war bereits in den zwanziger Jahren in die USA gekommen und hatte in Harvard Karriere gemacht (1926–1971); 1938 US-Staatsbürger, verblieb er in den USA und zählte zu den profilierten Persönlichkeiten im Umkreis der konservativen Emigration; nach dem Krieg (1946–1949) Berater von OMGUS und 1956–1966 Professor an der Universität Heidelberg (vgl. Radkau, Deutsche Emigration, S. 250 und 274).

²⁵ Leopold Schwarzschild (1891–1950) war in der Weimarer Republik einer der Hauptvertreter der linksliberalen Publizistik, emigrierte 1933 nach Frankreich und war Herausgeber der Zeitschrift „Das Neue Tagebuch“; er unterstützte anfänglich die Volksfront-Bewegung, nahm jedoch angesichts der Moskauer Prozesse ab 1937 eine zunehmend anti-kommunistische Haltung ein; ab 1940 in den USA (BHB I).

sozialismus und Sowjetkommunismus wurden später Waldemar Gurian und Franz Borkenau, letzterer in Großbritannien²⁶, sowie Robert Ingram²⁷, Stefan Possony und Gustav Stolper.

Auch Sozialdemokraten aus dem Kreis um die in New York erscheinende *Neue Volkszeitung* hatten schon frühzeitig einen scharf antikomunistischen und – ungeachtet der alliierten Bündniskonstellation – antisowjetischen Kurs eingeschlagen. Exponenten dieses Kurses waren Friedrich Stampfer, Wilhelm Sollmann, Rudolf Katz, Gerhart Seger sowie Max Brauer²⁸. Nicht alle hatten wie Stampfer bereits in der Weimarer Republik und davor zum reformerischen Flügel der SPD gehört; ihre Ablehnung des Kommunismus, die sich im Exil zu grundsätzlichem Antikomunismus wandelte, richtete sich auch gegen die „vansittartistische“ angelsächsische Kriegspropaganda gegen Deutschland, die von der Vorstellung eines ethnisch und historisch bedingten bellizistischen Charakters des deutschen Volkes ausging. Als die westlichen Alliierten sich mit Stalin verbündeten, wurde der Antikomunismus zum probaten Mittel der Verteidigung deutscher Interessen, hatte doch zuvor der Hitler-Stalin-Pakt die Geistesverwandtschaft der beiden diktatorischen Regime bestätigt²⁹. Bereits ab 1942 attackierte die *Neue Volkszeitung* im Schulterschuß mit Brüning und anderen konservativen Emigranten die These von der deutschen Kollektivschuld.

Der Antikomunismus wurde so zur Ausdrucksform eines grundsätzlichen Antitotalitarismus, eine Entwicklung, in der auch kommunistische Dissidenten wie die bereits angeführten William S. Schlamm und Franz Borkenau eine bedeutende Rolle spielten. Zu nennen sind hier auch Persönlichkeiten wie Arthur Koestler, Autor des programmatischen Romans „Sonnenfinsternis“³⁰, in dem der Terror der Moskauer Schauprozesse in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre thematisiert wurde, Karl Wittfogel, der nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 mit der KPD gebrochen hatte, auch er mit der „Orientalischen Despotie“ Verfasser einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Sowjet-Diktatur³¹, sowie Ruth

²⁶ Franz Borkenau (1900–1957), zunächst KPD-Mitglied und Komintern-Funktionär, 1929 als Anhänger der sogenannten Rechtsopposition ausgeschlossen, emigrierte 1933 nach Frankreich und 1934 nach Großbritannien; in Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg wurde er zum scharfen Gegner des Sowjetkommunismus; 1946–1948 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Marburg (BHB I).

²⁷ Robert Ingram (1895–1964), konservativer österreichischer Publizist und Anhänger des ständestaatlichen Regimes in Österreich; 1938 Emigration nach Großbritannien, 1941 in die USA und nach Kanada, Vertreter der legitimistischen Emigration um Otto von Habsburg (Austria Office, Austrian Committee), Apologet einer Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion (BHB I).

²⁸ Biographien in BHB I.

²⁹ Vgl. Radkau, Deutsche Emigration, S. 157f.; Mehringer, Impulse sozialdemokratischer Remigranten, S. 100ff.

³⁰ Koestler, Darkness at Noon. Koestler war ab 1931 Mitglied der KPD, brach jedoch 1938 nach den Erfahrungen des Spanischen Bürgerkriegs und der Moskauer Schauprozesse mit dem Kommunismus (BHB II).

³¹ Karl Wittfogel, Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power. New Heaven 1957 (deutsche Ausgabe: Die Orientalische Despotie, 1962). Die Biographie in: BHB II.

Fischer, die, nach kometenhafter Karriere in der KPD 1926 aus der Partei ausgeschlossen, 1938 im Exil definitiv mit dem Kommunismus gebrochen hatte³².

In diesem Zusammenhang ist auch nach Rolle und politischem Einfluß von Exilorganisationen wie dem 1944 gegründeten „Council for a Democratic Germany“ zu fragen, der auf eine Initiative von Paul Tillich³³ und dem amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr zurückging und zunächst als Ansatz zu einer deutschen Gesamtvertretung im amerikanischen Exil geplant war. Obwohl der Council unmißverständlich deutsche Interessenpolitik betrieb und sich gegen Pläne einer Aufteilung Deutschlands wie auch einer „Erziehung durch Ausländer“ nach Kriegsende wandte³⁴, wurde er von der Mehrzahl konservativer Emigranten allein schon deshalb boykottiert, weil an ihm Kommunisten beteiligt waren. Die Zustimmung der Kommunisten zu den Potsdamer Beschlüssen führte im Herbst 1945 zur Auflösung des Council, wobei mit Friedrich Baerwald ein Vertreter der Katholiken zu den treibenden Kräften gehörte³⁵. Einen gewissen Einfluß auf die amerikanische Deutschlandpolitik nach 1945 gewannen die Förderorganisation des Council, die „American Friends of German Freedom“ unter Reinhold Niebuhr, und deren Nachfolgeorganisation, die „Association for a Democratic Germany“³⁶.

Aber auch in der Praxis „vor Ort“ waren für konservative Emigranten z. T. Einflußmöglichkeiten gegeben. Dies betraf den nicht unwichtigen Bereich der geistigen Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen, deren Schicksal Schauff von Brasilien aus zu verbessern trachtete³⁷. Ab Herbst 1943 gehörten sie auch zum Leserkreis der *Neuen Volkszeitung*, und mit George N. Shuster initiierte Gerhart Seger ein Komitee für die politische Erziehung der deutschen Kriegsgefangenen.

Nicht zuletzt in Großbritannien konnten konservative Emigranten neben Sozialdemokraten wesentliche Funktionen bei der Betreuung und „Reeducation“ der deutschen Kriegsgefangenen einnehmen – so der Historiker Heinz Koeppler im Lager Wilton Park, einer Art Kriegsgefangenen-„Universität“: Sie ging wesentlich auf eine Initiative von Waldemar von Knoeringen zurück, der auch maßgeblich an ihrem Aufbau beteiligt war, und sie markierte für viele junge Deutsche, u. a. auch für den späteren CSU-Politiker Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, einen ganz spezifischen demokratischen „Neubeginn“ nach den Jahren des NS-Regimes und des Kriegs³⁸. Heinz Koeppler sollte „Wilton Park“, das sich in den

³² Die Biographie in BHB I; Korrespondenz Ruth Fischer–Johannes Schauff in IfZ, NL Schauff, Bd. 2.

³³ Biographie in: BHB I.

³⁴ Vgl. Radkau, *Deutsche Emigration*, S. 193 ff.; Rupieper, *Wurzeln*, S. 199.

³⁵ Vgl. dazu Baerwald, *Zur politischen Tätigkeit*. Baerwald, Mitglied der Zentrumspartei und Parlamentsassistent von Friedrich Dessauer, wurde 1933 aus dem Öffentlichen Dienst entlassen und emigrierte 1934 in die USA, 1935–1970 Lehrtätigkeit (Wirtschaftswissenschaften) an der Fordham University New York; nach 1945 im Bereich des Wiederaufbaus der Gewerkschaften in Deutschland aktiv (BHB II).

³⁶ Siehe Kap. VIII/1, S. 132 f.

³⁷ Vgl. Memorandum 1945–1947 (IfZ, NL Schauff, Bd. 10).

³⁸ Vgl. Mehringer, *Waldemar von Knoeringen*, S. 251–259. Studienleiter war Heinz Koeppler (Sir Henry Koeppler, 1912–1979), der 1933 nach Großbritannien emigriert war (Biographie in BHB II).

späteren Jahren zu einer deutsch-britischen Austausch- und Begegnungsstätte entwickelte, noch viele Jahre leiten.

Viele dieser organisatorischen Anstrengungen des konservativen Exils gingen über 1945 hinaus und wurden erst nach Kriegsende fruchtbar. Doch betraf diese Wirkungsgeschichte ebenso und vielleicht noch mehr einzelne Protagonisten und ihr gesellschaftliches und politisches Engagement, wobei vor allem in Amerika zumeist der Rückhalt durch eine deutschlandfreundliche Lobby gegeben war. So gründete der noch junge Alexander Böker³⁹ ein „Committee against mass expulsions“, das sich gegen die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa wandte⁴⁰ und zu dem eine Reihe von Amerikanern gehörte, deren Namen eng mit der Wirkungsgeschichte der konservativen Emigration nach 1945 verbunden sind – darunter der bereits erwähnte George N. Shuster⁴¹, Roger Baldwin⁴², Christopher Emmet⁴³, Louis P. Lochner⁴⁴ und Dorothy Thompson⁴⁵.

Ein weiterer emigrierter konservativer Politiker, der den „Council for a Democratic Germany“ verlassen hatte und für die territoriale Unversehrtheit Deutschlands und die Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa eintrat, war Hubertus Prinz zu Löwenstein⁴⁶. Vor allem in der Flüchtlingsarbeit engagiert und später bei der großangelegten Care-Hilfe für Deutschland war Gottfried Reinhold Treviranus, der allerdings – ebenso wie Brüning – als einer der politischen Exponenten der Weimarer Republik nach 1945 nicht in die deutsche Politik zurückkehrte⁴⁷.

³⁹ Siehe oben, S. 133, Anm. 13.

⁴⁰ Siehe Kap. VIII/1, S. 132 f.

⁴¹ Siehe oben, S. 200, Anm. 54.

⁴² Roger Baldwin, amerikanischer Philantrop und Bürgerrechtler, war 1948 u. a. auf Einladung von General Lucius D. Clay bei der US-Militärregierung in Deutschland als Sonderberater für Menschenrechte tätig.

⁴³ Siehe oben, S. 132.

⁴⁴ Louis P. Lochner, Journalist, war 1924 bis zum Kriegseintritt der USA 1941 Mitarbeiter des Berliner Büros der Associated Press und besaß enge Verbindungen zu dem sich ab 1938 formierenden konservativen deutschen Widerstand; 1945 kehrte er als Mitglied der Hoover-Kommission nach Deutschland zurück.

⁴⁵ Dorothy Thompson, in den zwanziger Jahren Auslandskorrespondentin in Wien und Berlin, Deutschland-Spezialistin, eine der journalistischen Vorkämpferinnen für ein amerikanisches Engagement gegen die nationalsozialistische Diktatur, war 1934 wegen ihres Buches „I saw Hitler“ aus Deutschland ausgewiesen worden; in den USA formierte sich um sie ein Zirkel aus deutschen Emigranten, in denen sie das eigentliche, bessere Deutschland sah (vgl. Radkau, *Deutsche Emigration*, S. 69 ff.).

⁴⁶ Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg (1906–1984), kam aus der katholischen Jugendbewegung und war 1931–1932 im Vorstand des Republikanischen Studentenbundes; 1933 Emigration, Teilnahme am Status-Quo-Kampf im Saargebiet, 1935 in die USA, aktiv in deutscher Exilpolitik, 1936 Mitgründer und Generalsekretär der „American Guild for German Cultural Freedom“, gegen Kriegsende zeitweise Mitarbeit im „Council for a Democratic Germany“; 1946 Rückkehr nach Deutschland, Leiter der Amerikaabteilung des Deutschen Caritasverbandes, Gründer und bis 1957 Leiter „Die Deutsche Aktion“ zur Erneuerung des Reichsgedankens, aktiv in der Auseinandersetzung um Rückgliederung des Saargebietes (Gründer Deutscher Saarbund), 1952 Mitgl. FDP, 1953–1957 MdB, ab 1958 Mitgl. CDU (BHB I).

⁴⁷ Vgl. Möller, Treviranus, S. 137 ff.

Neben den USA und Großbritannien waren die Schweiz und die Türkei Zentren der konservativen Emigration. In der Türkei vermochte die deutsche akademische Emigration auf dem Bildungssektor eine Art Entwicklungshilfe zu leisten⁴⁸. Hier sind vor allem der Zentrums Politiker und Reichstagsabgeordnete Friedrich Dessauer⁴⁹ sowie die Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke⁵⁰ und Alexander Rüstow⁵¹ zu nennen.

In der Schweiz befanden sich eine Anzahl politischer Emigranten, die dem konservativen Spektrum zuzuordnen sind, darunter Joseph Wirth, Jakob Kindt-Kiefer und Franz Albert Kramer. Kramer, den Schauff als einen der ersten ehemaligen politischen Weggefährten nach 1945 wiedergetroffen hatte, konnte bereits im Sommer 1945 in die französisch besetzte Zone zurückkehren⁵². Im Schweizer Exil hatte er versucht, über Allan Dulles die amerikanische Deutschlandpolitik gegen die drohende Expansion des sowjetischen Einflusses zu mobilisieren, und zusammen mit Wilhelm Röpke die Konzeption einer Zeitung entworfen, die auf der Grundlage christlich-abendländischer Werte zur Reorganisation deutscher Staatlichkeit beitragen sollte. Im Schweizer Exil konnte Kramer auch Verbindungen zu christlich-demokratischen Politikern des französischen Widerstands knüpfen. Offenbar durch Vermittlung von Robert Schuman erhielt er sehr früh die Lizenz für eine Zeitungsgründung⁵³, so daß am 15. März 1946 die erste Ausgabe des *Rheinischen Merkur* erscheinen konnte. Diese Zeitung, mit Autoren wie Röpke, Paul Wilhelm Wenger, Otto B. Roegele und Adolf Süsterhenn, war ein Organ des rheinischen Katholizismus und machte sich zum Herold der Gründung eines Weststaates ohne den unter sowjetischen Einfluß geratenen deutschen Osten, wobei tradierte antipreußische Affekte durchaus eine Rolle spielten⁵⁴. Der neue Staatsaufbau sollte bundesstaatlich erfolgen, die Organisation des öffentlichen

⁴⁸ Vgl. Widmann, Exil und Bildungshilfe.

⁴⁹ Friedrich Dessauer (1881–1963), Physiker und Radiologe, 1924–1933 MdR des Zentrums, 1933 in Schutzhaft, wurde 1934 an die Universität Istanbul berufen, 1937 an die katholische Universität Fribourg/Schweiz; er gehörte zum Kreis um Joseph Wirth und Otto Braun. 1949 kehrte er nach Deutschland zurück und war ab 1950 Professor an der Universität Frankfurt am Main; 1952 Vizepräsident des Deutschen Katholikentags (BHB I).

⁵⁰ Wilhelm Röpke (1899–1966), 1928 Professor für Politische Ökonomie in Graz, 1929 in Marburg; wirtschaftspolitischer Berater von Heinrich Brüning, offener NS-Gegner, als Hochschullehrer entlassen; 1933 Emigration in die Türkei, Professor an der Universität Istanbul, baute dort mit Alexander Rüstow und Fritz Neumark die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät auf; 1937 Berufung an das Institut des Hautes Etudes Internationales in Genf. Nach 1945 wirtschaftspolitischer Berater Konrad Adenauers, Vertreter eines wirtschaftlichen Liberalismus von weltanschaulich konservativer Prägung, Föderalist (BHB II).

⁵¹ Alexander Rüstow (1885–1963), Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe, 1933 Emigr. in die Türkei, mit Röpke und Fritz Neumark Aufbau der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Istanbul; 1949 Rückkehr nach Deutschland, als Nachfolger von Alfred Weber Professor für Soziologie an der Universität Heidelberg; einer der wissenschaftlichen und politischen Theoretiker von Ludwigs Erhards Sozialer Marktwirtschaft (BHB II).

⁵² Siehe Kap. V, S. 95, Anm. 14.

⁵³ Vgl. Boll/Schulze/Süssmuth (Hrsg.), Zeitungsland Nordrhein-Westfalen, S. 443 f.

⁵⁴ Die antipreußisch besetzte Diskussion findet sich auch in dem Briefwechsel Schauffs mit Karl Thieme gegen Kriegsende und unmittelbar nach 1945 wieder. Siehe oben, S. 90.

Lebens nach dem Subsidiaritätsprinzip. Die politische Tendenz des *Rheinischen Merkur* ging bereits 1946 dahin, eine Lösung der deutschen Frage im Bund mit den Westmächten und gegen die Sowjetunion zu suchen. Die von Kramer geforderte Weststaatsgründung wurde auch von Ernst Friedländer unterstützt, ebenfalls Emigrant in der Schweiz und seit 1946 einflußreicher politischer Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*⁵⁵.

Als im Sommer 1949 der deutsche Weststaat konstituiert wurde, „hatten“ – so Hans-Peter Schwarz – „die Publizisten des ‚Rheinischen Merkur‘ allen Grund, ihn uneingeschränkt willkommen zu heißen. An seiner eindeutig föderalistischen Struktur konnte kein Zweifel sein. Es war sogar gelungen, die Hauptstadt an den Rhein zu bekommen, womit die Verlagerung des politischen Schwergewichts nach Westen sinnfällig verdeutlicht wurde. Preußen war wenigstens in der Konsolidierungsphase ausgeschlossen. Und Konrad Adenauer, der an die Spitze dieses Staates trat, verkörperte genau die Tendenzen des Blattes, das schon vor Gründung der Bundesrepublik entschiedener als alle anderen Zeitungen und Zeitschriften den Geist zum Ausdruck brachte, der die Außenpolitik Bonns unter dem ersten Bundeskanzler bestimmen sollte.“⁵⁶

Der Anteil von Remigranten des konservativen und christlichen Lagers, der nach 1945 Regierungsämter bekleidete, Parlamentsmandate innehatte oder Parteiführungen angehörte, war in der Bundesrepublik verschwindend gering⁵⁷. Eine Ausnahme stellt das Saargebiet dar, während in der DDR und – zahlenmäßig geringer – in Österreich Kommunisten und Sozialisten dominierten.

Der konservative und christlich motivierte Widerstand gegen den Nationalsozialismus war nach 1933 überwiegend auf Einzelpersonen beschränkt, während die linken Parteien en bloc verfolgt wurden. Für zahlreiche Katholiken gilt, daß sie im Zuge einer immer manifesteren Verfolgung durch das Regime zu einer Haltung fanden, die Martin Broszat treffend als Resistenz beschrieben hat⁵⁸. Heinz Hürten hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der katholische Widerstand nicht vornehmlich politisch motiviert war, selbstverständlich aber eine Dialektik von religiös motiviertem und politisch wirksamem Handeln bestanden habe⁵⁹. Der zahlenmäßig relativ geringe Anteil konservativer und christlicher Emigranten wird aus der spezifischen Ausprägung und Entwicklung des Verhältnisses dieser Personen und Gruppen zum Nationalsozialismus erklärbar, darüber hinaus war, als ihr Widerstand manifest wurde und die Verfolgung einsetzte, der Weg in die Emigration vielfach bereits versperrt. Für einige von ihnen stand am Ende das Schafott⁶⁰.

⁵⁵ Ernst Friedländer (1895–1973), kehrte 1946 aus dem Schweizer Exil nach Deutschland zurück, wurde 1946 Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* und war 1950–1960 als journalistischer Vertrauter Konrad Adenauers vielbeachteter Kolumnist u. a. im *Hamburger Abendblatt* und in der *Berliner Morgenpost* (BHB I).

⁵⁶ Schwarz, Reich, S. 421 f.

⁵⁷ Mehringer/Röder/Schneider, Anteil.

⁵⁸ Broszat, Vorwort zu: Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 11 f.; Broszat, Resistenz und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, S. 691–709.

⁵⁹ Hürten, Zeugnis und Widerstand, S. 155.

⁶⁰ Vgl. die von Schauff initiierte Gedächtnismesse in Rio de Janeiro (siehe oben, S. 90 f.).

Trotz der in absoluten Zahlen niedrigen Quote der konservativen Emigration und Remigration ist ihr geistiger Einfluß, wie schon angeführt, nicht gering zu veranschlagen. Dies gilt sowohl für die Gastländer wie für die politische Entwicklung in Deutschland nach 1945. Nach Kriegsausbruch befand sich der größte Teil der Emigranten konservativer und christlicher Richtung in den USA. Sie erwiesen sich hier, aber auch in anderen Exilländern, als gute Patrioten, die zwischen der NS-Diktatur und dem deutschen Volk wohl zu unterscheiden wußten. Sie vermochten auf die Deutschlandpolitik der USA nachhaltigen Einfluß zu nehmen, wobei sie Unterstützung in Kreisen antikommunistisch gesinnter Amerikaner fanden. Joachim Radkau konstatiert, daß die Voraussetzungen für das Bündnis zwischen dem amerikanischen „Establishment“ und den christlich-konservativen politischen Kräften in Westdeutschland sich bereits unter Roosevelt in den letzten Kriegsjahren abgezeichnet hätten: „Mochten auch zeitweilig linkssozialistische und sogar kommunistische Emigranten in den USA Ermutigung finden, so wurde doch namhaften Beobachtern schon Jahre vor Beginn des Kalten Krieges deutlich, daß im Westen die Zeit nicht für solche Bestrebungen arbeitete.“⁶¹ Dies gilt besonders für die Tätigkeit und politische Wirksamkeit des Office of Strategic Services (OSS) und dessen Research and Analyst Branch, das – mit wenigen Ausnahmen wie z. B. Hajo Holborn⁶² – eine Domäne der linken Emigration war⁶³.

Einen ersten organisatorischen Rahmen für das Wirken konservativer Emigranten bildeten die bereits angeführte „Association for a Democratic Germany“ und später der „American Council on Germany“ mit seinem deutschen Pendant, dem Kreis der „Atlantik-Brücke“. In diesem Rahmen bestand ein Netzwerk aus ehemaligen Emigranten und ihren politischen Freunden vor allem in den USA, bei denen in Anbetracht ihres internationalen Wirkungsfeldes die Frage, ob sie tatsächlich im Sinne einer definitiven Rückkehr nach Deutschland „remigriert“ waren oder nur von außen Einfluß nahmen, letztlich an Bedeutung verliert. Dieser Personenkreis besaß ohne jeden Zweifel – in Deutschland wie im Ausland – einen nicht geringen Einfluß im Zusammenhang mit der Anbindung Westdeutschlands an den Westen noch vor Gründung der Bundesrepublik und der „Abschottung“ Westdeutschlands gegenüber dem kommunistischen Osten. An dieser Entwicklung hatte auch die Schweizer Emigration um Franz Albert Kramer und Wilhelm Röpke entscheidenden Anteil. Deutschlands Wiederbewaffnung und seine Einbindung in die atlantische Militärallianz war bereits sehr früh von konservativen, dezidiert antikommunistischen Emigranten gefordert und auch politisch energisch vorangetrieben worden.

Parallel und komplementär zum Einsatz für diese Westbindung wirkte der Antikommunismus der konservativen Emigration in die deutsche Nachkriegsgesellschaft hinein und beeinflusste die politische Entwicklung. Dies gilt auch für die Sozialdemokratie, wo es neben Kurt Schumacher vor allem Emigranten waren, die die SPD auf eindeutig antikommunistischen Kurs brachten⁶⁴, während Teile

⁶¹ Radkau, *Deutsche Emigration*, S. 192 f.

⁶² Siehe S. 133, Anm. 10.

⁶³ Vgl. Marquardt-Bigman, *Geheimdienstanalysen*.

⁶⁴ Vgl. Mehringer, *Impulse sozialdemokratischer Remigranten*, S. 106 ff.

der Partei im Osten mit eben jenen Kommunisten paktierten. Kommunistische Dissidenten und gewendete Kommunisten wie Arthur Koestler wurden politisch offensiv in dem von Melvin Lasky initiierten „Kongreß für kulturelle Freiheit“, dem aber auch sozialdemokratische Remigranten wie Fritz Eberhard⁶⁵ und Ludwig Rosenberg⁶⁶ aufgrund ihrer politischen Westorientierung verbunden waren⁶⁷.

Die Gründung des westdeutschen Staates unter vorläufigem Verzicht auf eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches war angesichts der gegebenen historischen Bedingungen von konservativen Emigranten schon früh antizipiert worden. Sie hatten bedeutenden Anteil an seiner Einbindung in die westliche Allianz und seiner Frontstellung gegen den Kommunismus in Osteuropa und besonders in Ostdeutschland. Doch spielten sie auch eine Rolle bei der inneren Entwicklung der Bundesrepublik.

Johannes Schauff war zwar mit seinem Vorstoß im Rahmen der Großen Koalition gescheitert, das personenbezogene Mehrheitswahlrecht einzuführen – für ihn und andere konservative Emigranten eine unabdingbare Voraussetzung für eine stabile Demokratie. Der Einfluß dieser Personengruppe wird allerdings vor allem an einem essentiellen Punkt deutlich – der Frage nach dem föderalistischen Aufbau des neuen Staates. Emigranten wie Wilhelm Röpke, die auch wirtschaftsstrukturell Weichen in Richtung auf die soziale Marktwirtschaft stellten, gehörten, wie Hans-Peter Schwarz formuliert, zu den geistigen Vätern der Bundesrepublik⁶⁸; Emigranten wie der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der sich ebenfalls massiv für einen föderalistischen Aufbau des neuen Staatswesens einsetzte, bildeten im linken politischen Spektrum seltene Ausnahmen⁶⁹. Aber auch die Ära Adenauer, in der zunächst konservativ-hierarchische Gesellschaftsstrukturen wieder zum Tragen kamen, stand den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen der konservativen Emigration nahe⁷⁰. Katholisch-konservative Emigranten gehörten zum Beraterkreis Konrad Adenauers, auch wenn sie nicht immer in die aktive Politik zurückkehrten. Dies gilt insbesondere für Johannes Schauff, aber auch für Klaus Dohrn⁷¹.

Die christlich-konservative Emigration hatte mit dem inneren Widerstand viele gesellschaftliche Wert- und Zukunftsvorstellungen gemein. Dies zeigt sich gegenüber dem Kreisauer Kreis, inhaltlich aber vielleicht noch stärker bei jenen rhei-

⁶⁵ Fritz Eberhard (urspr. Helmut von Rauschenplat, 1896–1982) war führender Funktionär und Wirtschaftstheoretiker des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK); 1937 Emigration, in Großbritannien führende Funktion in der „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter“; 1945 Rückkehr nach Deutschland, MdL Württemberg und Mitglied des Parlamentarischen Rates, Intendant des „Süddeutschen Rundfunks“; 1961–1968 Direktor des Instituts für Publizistik an der Freien Universität Berlin (BHB I).

⁶⁶ Ludwig Rosenberg (1903–1977), Gewerkschaftler, 1933 Emigration nach Großbritannien, 1946 Rückkehr nach Deutschland, leitende Funktionen und 1962–1969 Vorsitzender des DGB (BHB I).

⁶⁷ Vgl. Doering-Manteuffel, Amerikanisierung, S. 27 ff.

⁶⁸ Schwarz, Reich, S. 394 ff.

⁶⁹ Vgl. dazu Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 359 ff. u. passim.

⁷⁰ Vgl. Doering-Manteuffel, Amerikanisierung, S. 13 f.

⁷¹ Dohrn, Das Amerikabild Adenauers, S. 510–523 (zu Klaus Dohrn vgl. oben, S. 132, Anm. 9).

nisch-katholischen Widerstandskreisen, die der untergegangenen Zentrumspartei entstammten, darunter Bernhard Letterhaus und Andreas Hermes. Auch Heinrich Krone, der in Berlin lebte, gehört in diesen Zusammenhang. Ziele waren u. a. der Aufbau einer konservativen christlich-überkonfessionellen Volkspartei und eine Staatsordnung, die vom Geist des Solidarismus der katholischen Soziallehre durchdrungen sein sollte⁷². Auch hier zeigt sich im Verhältnis von christlichen Emigranten und Vertretern des christlich-konservativen Widerstands ein Netzwerk, das nach 1945 politisch wirksam werden sollte. Dabei spielten alte politische und persönliche Freundschaften aus der Weimarer Zeit, wie z. B. die Beziehung zwischen Johannes Schauff und Heinrich Krone, häufig eine nicht geringe Rolle.

In diesen außen- und innenpolitischen Netzwerken vor und nach 1945 bildeten konservative Emigranten wie Remigranten wesentliche personelle Knotenpunkte. Diese z. T. komplexen politisch-persönlichen Geflechte blieben in der Öffentlichkeit allerdings weithin verborgen und wurden vor allem von den Beteiligten selbst zumeist nicht als gruppenspezifische Gemeinsamkeit begriffen. Sie zeitigten jedoch, wie am Beispiel der Großen Koalition im nationalen Rahmen wie auch auf internationaler Ebene zu zeigen war, deutlich politische Wirkung.

Auch das Beispiel Henry Kissingers, 1973 bis 1977 amerikanischer Außenminister, gehört in diesen Zusammenhang. Der junge Kissinger, dessen Eltern als jüdische Bürger aus Deutschland geflohen waren, war in den USA von konservativen Emigrantenkreisen entdeckt und gefördert worden – insbesondere von Fritz Kraemer, einem Berliner Rechtsanwalt, der im OSS und im Pentagon Karriere gemacht hatte⁷³. Er entwickelte sich schon früh zu einem intensiven Befürworter des deutsch-amerikanisch-atlantischen Bündnisses⁷⁴.

Nach dem Scheitern der Großen Koalition und ihrer politischen Reformprojekte hatte Johannes Schauff sein innenpolitisches Engagement zwar weitgehend zurückgenommen, aber keineswegs resigniert. Noch 1988, zwei Jahre vor seinem Tod, bekundete er – inzwischen sechsundachtzigjährig – die Absicht, die Wahlrechtsfrage noch einmal öffentlich aufzuwerfen. Als im Sommer 1989 in der CSU in Hinblick auf die Rolle der FDP eine Diskussion über die Einführung des Mehrheitswahlrechts einsetzte, war er sofort mit dem Vorschlag zur Stelle, ein Diskussionsforum zu organisieren, um diese Frage wieder mehr ins öffentliche Bewußtsein zu bringen⁷⁵. Der damalige Generalsekretär der CSU machte allerdings einen politischen Rückzieher. Danach sah Schauff keine Chance mehr, eine Wahlrechtsreform und damit eine Reform des demokratischen Systems in überschaubarem Zeitraum politisch durchzusetzen. Er fürchtete „auf längere Sicht, daß die Entpersönlichung, die infolge des Wahlsystems zu einer Herrschaft der Parteiführungen

⁷² Becker, Politische Neuordnung, S. 270 f.

⁷³ Kraemer war 1939 in die USA emigriert und wurde Professor an der School of Advanced Studies/Washington Center of Foreign Research. Vgl. die Korrespondenz Schauff – Kraemer 1967–1997 (IfZ, NL Schauff, Bd. 34); vgl. auch *Der Spiegel* 25/1974, S. 63 f.

⁷⁴ Vgl. Radkau, Deutsche Emigration, S. 222.

⁷⁵ Briefwechsel des Verfassers – im Auftrag von Schauff – mit Erwin Huber, 12.7.–9.8.1989 (IfZ, NL Schauff, Bd. 25).

und der Bürokratie führt, verbunden mit einer wachsenden Machtstellung der großen Verbände und der Gewerkschaften, das demokratische System erschüttert“⁷⁶. Dies sind noch heute aktuelle Befürchtungen.

„Beim Neuaufbau des politischen Lebens in der deutschen Trümmerwüste von 1945“, so Rudolf Morsey, „standen allerorts ehemalige Zentrumsabgeordnete und Zentrumsanhänger an vorderster Stelle. Sie optierten unabhängig voneinander und nahezu geschlossen dafür, eine interkonfessionell-christliche Volkspartei zu gründen. Darin wurden sie von dem im amerikanischen Exil lebenden Brüning bestärkt. Die Gründung der CDU und CSU war die Lehre, die diese Generation christlicher Politiker aus der Geschichte des politischen Katholizismus und seines Scheiterns im Jahre 1933 gezogen hat: aus der Verpflichtung ‚vor den Blutzügen des christlichen Glaubens und der bürgerlichen Freiheit, welche dem Nationalsozialismus zum Opfer‘ gefallen sind.“⁷⁷

Johannes Schauff hatte 1945 dieser ermordeten christlichen Politiker in einem Requiem in Rio de Janeiro gedacht⁷⁸. Er selbst war dem nationalsozialistischen Terror entkommen, doch war seine innere Verbundenheit mit diesen Menschen und dem Land, dessen Regime sie verfolgte, nie geschwunden. Dabei erschien ihm das Schicksal des Exils oft schmerzlicher als Leidens- und Überlebensgeschichten im Heimatland⁷⁹. Schließlich waren es seine ständige Selbstvergewisserung im katholischen Glauben und sein Verhaftetsein im Bauerntum, dem sich im Exil noch ein ganz anderer und international erweiterter Horizont erschloß, die ihm den Mut und die Kraft zum Handeln vor allem auch nach dem Kriege gaben. Dabei ließ er sich von dem Grundsatz leiten, viel zu leisten und wenig hervorzutreten; „mehr sein als scheinen“ – diese Maxime läßt sich geradezu als Motto über seinen Lebensweg setzen.

Dies gilt insbesondere auch für Schauffs selbstlose Arbeit bei der durch die nationalsozialistische Diktatur und den Krieg erforderlichen Flüchtlingsbetreuung. Eine Lösung dieser Migrationsprobleme sah er vor allem in der Schaffung von Existenzmöglichkeiten in den Aufnahmeländern. Dabei gewannen für Schauff seine Vorstellungen von Pioniergeist und ländlicher Siedlung noch einmal an Klarheit, wobei er Selbsthilfe und Subsidiarität als unabdingbar betrachtete.

Eine durchgehende Konstante in seinem Denken war die Überzeugung von der Bedeutung des Bauerntums auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. Von seinen Anfängen in der Weimarer Republik in den zwanziger Jahren über die eigenen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem brasilianischen Exil bis in die Auseinandersetzungen über eine demokratische Entwicklung der Dritten Welt in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren sah er diesen Weg als Möglichkeit zur Lösung der grundlegenden Probleme der Moderne. Insbesondere in Lateiname-

⁷⁶ Interview Erich Kusch mit Johannes Schauff, November 1974 (Entwurf mit handschriftlichen Ergänzungen Schauffs; eine gekürzte Fassung wurde später im Südwestfunk gesendet; Ms. im Besitz des Verfassers).

⁷⁷ Das Zitat von den „Blutzügen des christlichen Glaubens“ aus den Leitsätzen der Kölner CDU, die damals noch Christlich-Demokratische Partei hieß, vom Juni 1945 (Morsey, *Der Untergang*, S. 222).

⁷⁸ Siehe oben, S. 90f.

⁷⁹ So in einem Brief an Rudolf Morsey vom 20. 7. 1982 (IfZ, NL Schauff, Bd. 35).

rika stellte sich Schauff der Auseinandersetzung mit linken und kommunistischen Bewegungen im essentiellen Bereich der Landwirtschaft. Bauerntum, Widerstand und Exil bildeten für ihn die Brücke für den Weg „vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus“⁸⁰.

Erscheinungen wie die sogenannte Befreiungstheologie sind aufgrund der historischen Entwicklung inzwischen weitgehend obsolet geworden. Dagegen wird die Flüchtlingsproblematik im internationalen Rahmen zunehmend wieder zu einem Problem. Zu deren Lösung hat Johannes Schauff gute und nach wie vor diskutable Beispiele gegeben – moralisch, intellektuell und organisatorisch.

⁸⁰ Jean Solchany, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus, bes. S. 386 ff.